

bdew

Energie. Wasser. Leben.



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.**

Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

www.bdew.de

**BDI Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**

Breite Straße 29
10178 Berlin

www.bdi.eu

17. August 2023

Diskussionspapier

BDEW-BDI-Industriedialog

Forderungen für einen klimaneutralen und wettbewerbsfähigen
Industriestandort

1 Einleitung

Auf dem Weg zur Klimaneutralität sind Energiewirtschaft und Industrie zentrale Akteure. Sie eint das Ziel, Klimaneutralität zu erreichen und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland zu erhalten, auszubauen und zu modernisieren. Dabei stellt die Transformation beide Seiten vor enorme und teils wechselseitig abhängige Herausforderungen. Deswegen ist es unabdingbar, dass Energiewirtschaft und Industrie sich gemeinsam und konstruktiv in die wirtschafts- und energiepolitische Debatte einbringen. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2021 der BDEW-BDI-Industriedialog ins Leben gerufen. Er soll einerseits gemeinsame Interessen identifizieren und stärken und andererseits Lösungsansätze für divergierende Positionen entwickeln. Das übergeordnete Ziel ist es, Klimaneutralität unter Sicherstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit zu erreichen. Enger gefasst bedeutet das vor allem, die dauerhafte Verfügbarkeit von grünem Strom und Wasserstoff zu international wettbewerbsfähigen Konditionen als Standortfaktoren für die Industrie sicherzustellen.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der folgenden Energiekrise, dem Inflation Reduction Act der Vereinigten Staaten sowie weit reichenden geopolitischen Veränderungen haben sich die politischen und wettbewerblichen Rahmenbedingungen seit 2021 deutlich verändert. Die neue Bundesregierung adressiert diese Entwicklungen mit einer ambitionierten Transformationsagenda.

Während die sich verschärfende Klimakrise den Druck zur grünen Transformation erhöht, erschweren hohe Energiekosten Investitionen in diese Transformation. Dies hat auch weitreichende Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie. Entsprechend erleben wir seit einigen Monaten eine sehr lebhafte Debatte über die industriepolitische Ausrichtung Deutschlands und Europas sowie über kurzfristige und mittelfristige Modelle zur Sicherstellung einer international wettbewerbsfähigen Energieversorgung für die heimische Industrie.

Energiewirtschaft und Industrie sind beidseitig daran interessiert, dass der Industriestandort Deutschland erhalten bleibt und gleichzeitig die Transformation in eine klimaneutrale Zukunft gelingt. Dafür benötigt es die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Wie diese ausgestaltet werden sollten, war das Thema des 5. BDEW-BDI-Industriedialogs im Juli 2023. Dabei haben Energiewirtschaft und Industrie aus ihren jeweiligen Perspektiven zehn gemeinsame Forderungen entwickelt, die als Leitplanken und Leitmotive für die künftige Energie- und Wirtschaftspolitik in Deutschland dienen sollen.

2 Gemeinsame Positionen

BDEW und BDI sprechen sich für folgende gemeinsame energiepolitische Leitplanken zum Industriestandort Deutschland aus:

1. Für einen resilienten und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort bedarf es weiterhin einer leistungsfähigen industriellen Wertschöpfung. Im Zuge der Transformation zur Klimaneutralität gilt es, industrielle Wertschöpfungsketten zu erhalten und vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher und politischer Instabilität krisensicherer zu machen. Dafür braucht es neben verlässlichen und stabilen Rahmenbedingungen eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung.
2. Erneuerbarer Strom und klimaneutrale Gase sind die zentralen Energieträger unserer künftigen klimaneutralen Wirtschaft. Die dazugehörigen Infrastrukturen müssen in einem integrierten, vernetzten und marktbasieren europäischen Energiesystem aus- und aufgebaut werden. Dafür gilt es Hemmnisse auf nationaler und europäischer Ebene abzubauen und einen begünstigenden Rechts- und Regulierungsrahmen sicherzustellen.
3. Angesichts der im historischen und internationalen Vergleich sehr hohen Energiekosten sollten die staatlich induzierten Strompreisbestandteile auf das notwendige Minimum gesenkt werden und marktliche Mechanismen zur Effizienzsteigerung im Energiesystem konsequent genutzt werden.
4. Zusätzlich braucht es gezielte staatliche Unterstützungsleistungen, um strukturelle Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Diese sollten auf einen nach klaren Kriterien definierten Kreis begrenzt und zeitlich befristet werden. Bestehende Entlastungsmaßnahmen für die energieintensive Industrie dürfen nicht ersatzlos gestrichen werden.
5. Angesichts des Ausstiegs aus Kernenergie und Kohlekraft droht zu Beginn der 2030er Jahre eine Leistungslücke im Stromsektor mit potenziellen Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit. Zur Verhinderung einer solchen Situation bedarf es einer kohärenten und kurzfristig umsetzbaren Kraftwerksstrategie sowie mittel- und langfristig eines Kapazitätsmechanismus.
6. In einem auf volatilen Erneuerbaren Energien basierenden Energiesystem sind alle Verbrauchergruppen in der Verantwortung, Lasten zu flexibilisieren, was durch Marktmechanismen und entsprechende zusätzliche Maßnahmen angereizt und keinesfalls verhindert werden sollte. Die sich hieraus ergebenden Chancen in puncto niedriger Kosten und Energiepreise gilt es sowohl für die Energiewirtschaft als auch für die Industrie konsequent und zum gegenseitigen Nutzen zu ergreifen. Die Anforderungen an die Flexibilisierung des Stromverbrauchs sollten dabei auf das branchenspezifisch Machbare zugeschnitten und vom Prinzip der Freiwilligkeit und positiver Anreize getragen sein. Die beabsichtigte systemdienliche Flexibilisierung des Verbrauchs muss innerhalb der Netzentgeltsystematik gewürdigt werden.

7. Der Erhalt der einheitlichen Gebotszone ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung planbarer, stabiler und bezahlbarer Strompreise in ganz Deutschland. Neben der Angleichung der Netzentgelte fördert dies die gesellschaftliche Kohäsion im Land und trägt zur Gewährleistung von wirtschaftlicher Chancengleichheit und Akzeptanz der Energiewende im Land bei.
8. Um Deutschland zu einem Leitstandort für grüne Technologien zu machen, brauchen wir auch grüne Leitmärkte.
9. Die Zeit drängt. Angesichts der ambitionierten Zeitschiene für die Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität zählt jeder Monat bei der Erteilung von Genehmigungen und dem Baubeginn von neuer Infrastruktur, Industrie- und Erzeugungsanlagen. Was beschleunigt werden kann, muss beschleunigt werden.
10. Diese Punkte sollten in eine kohärente Vision des Industriestandorts Deutschlands im Jahre 2035 einfließen.

3 Zum Schluss

Die wichtigste Leitplanke steckt allerdings im Titel selbst: **Der Dialog**. Industrie und Energiewirtschaft sind überzeugt, dass der Weg in die klimaneutrale Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland dann Erfolg haben wird, wenn wir unsere jeweiligen systemischen Perspektiven konstruktiv zusammenführen und Synergien nutzen. Eine branchenübergreifende Aufgabe verlangt branchenübergreifende Dialoge und Lösungen. Nur wenn Energiewirtschaft, Industrie und Politik in ständigem Dialog bleiben und ihre jeweiligen Blickwinkel zusammenführen, kann die Transformation des Wirtschaftsstandorts Deutschlands gelingen.

Daher bieten wir diesen Dialog mit Nachdruck auch der Politik an.

Ansprechpartner

BDEW:

Dr. Elmar Stracke
Strategie und Politik
+49 30 300 199-1071
Elmar.Stracke@bdew.de

BDI:

Dr. Eike Blume-Werry
Energie- und Klimapolitik
+49 30 2028-1429
E.Blume-Werry@bdi.eu